Unter der Lupe

Der Bundestag hat noch kurz vor dem Ende der Legislaturperiode das *Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung* (EGovG) verabschiedet. Es trat bereits am 1. August 2013 in Kraft. Es ist nicht das erste Gesetz, welches die Thematik des elektronischen Staatshandelns adressiert. Auch das zum Beispiel auf Landesebene bereits im Jahr 2009 erlassene *Gesetz zur elektronischen Verwaltung für Schleswig-Holstein* widmet sich diese Thematik. Es adressiert die in der Verwaltung notwendigen Veränderungen in der Prozessgestaltung für die Einrichtung eines E-Governments. In der praktischen Umsetzung ist es jedoch hinter den gesteckten Erwartungen zurück geblieben. Die Gründe dafür sind vielfältig. Möglicherweise lag es auch an der Abstraktheit der Regelungen, die eine konkrete Umsetzung schwierig machten.

Eine zu große Abstraktheit der geregelten Materie des nunmehr auf Bundesebene erlassenen Gesetzes wird man dem Gesetzgeber nicht vorwerfen müssen. Denn bereits der Titel weist auf die Intention des Gesetzgebers hin: Nicht die Veränderung der Geschäftsprozesse steht im Fokus, sondern vielmehr die Instrumente – das Handwerkszeug – mit dem staatliche Verwaltungstätigkeit die ersten Schritte in die moderne Verwaltungstätigkeit unternehmen soll. Nach Ansicht des Gesetzgebers leisten elektronische Verwaltungsdienste einen bedeutenden Beitrag zur Modernisierung der Verwaltung, zum Bürokratieabbau, zu mehr Bürgernähe staatlicher Dienstleistungen und zur Bewältigung der Herausforderungen, die der demographische Wandel mit sich bringt. Daher beschäftigt sich das Gesetz mit vermeintlich „profanen“, aber dennoch regelungswürdigen Dingen wie dem elektronischen Zugang zur Verwaltung, der Führung von Akten, der Möglichkeiten der elektronischen Bezahlung, dem Ersetzen der Schriftform, der Gestaltung von Datenformaten oder der Barrierefreiheit der digitalen Angebote. Die Ausstattung des Maschinenraums der elektronischen Verwaltung wurde mit diesem Gesetz festgeschrieben. Ob die in das Gesetz gesteckten Erwartungen am Ende erfüllt werden, steht noch in den Sternen. Sicherlich wird man dem Gesetz aber bereits jetzt eine Mobilisierungsfunktion zubilligen können. Traut man der veröffentlichten Fachmeinung und horcht man in die Verwaltung hinein, dann gehen sehr viele davon aus, dass dieses Gesetz nicht nur im Bund seine Wirkung zeitigen wird: Die Wellen der Veränderung werden auch die Länder, Kommunen und Unternehmen treffen.

Somit werden die in dieser Ausgabe der DuD enthaltenen Beiträge nicht nur für Bundesbeamte von Interesse sein. In ihr widmen sich einige Autoren (auch) unter dem Blickwinkel des Datenschutzes und der Datensicherheit der im Gesetz normierten Instrumente und Verfahren. *Carola Drechsler* beschäftigt sich mit einer der Grundvoraussetzungen einer bürgernahen Verwaltung, dem elektronischen Zugang zu staatlichen Stellen und vor allem den Anforderungen an eine sichere Umgebung für die Kommunikation. Passend dazu analysiert *Sabine Stollhof* unter rechtlichen Gesichtspunkten die Abkehr von der qualifizierten elektronischen Signatur und die Implikationen für die Wahrung der Authentizität von Dokumenten. Den Inbegriff des staatlichen Handelns – die Akte – und ihre elektronische Führung unter Wahrung des Datenschutzes und der Datensicherheit beleuchtet *Moritz Karg* in seinem Beitrag. Im Forum skizziert *Sven Thomsen* die Veränderungen der IT-Architektur unter den Anforderungen von Open Data.

In der Gesamtschau der Beiträge wird deutlich, dass es mit dem Erlass des Gesetzes allein nicht getan ist, um die Instrumente der elektronischen Verwaltung funktionsfähig zu machen. Die Arbeit hat vielmehr gerade erst begonnen.

Dr. Moritz Karg